



Klimakrise stoppen - Wirtschaft ökologisch umbauen

Die Klimaerhitzung gehört zu den grössten Bedrohungen der Menschheit. Ohne rasche Massnahmen nehmen Naturkatastrophen, Ernährungsprobleme und Verdrängungskonflikte weiter zu. Das Klima könnte einen Kipppunkt erreichen, der irreversible Folgen hat. Die Kosten unserer Lebens- und Wirtschaftsweise werden in Form von Umweltverschmutzung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen in den globalen Süden und in die Zukunft verschoben. Während die Klimakatastrophe und die Übernutzung der natürlichen Ressourcen in erster Linie vom reichsten Teil der Bevölkerung verursacht wird, treffen die Folgen vornehmlich die Ärmsten. Mit steigender Belastung der Natur werden die klimatischen Veränderungen aber zusehends auch bei uns spürbar. Die bisherigen Entwicklungen zeigen, dass die Erschöpfung natürlicher Ressourcen und unsere Wirtschaftsweise untrennbar miteinander verknüpft sind.

Mit dem Pariser Klimaübereinkommen hat sich die Schweiz zusammen mit der Staatengemeinschaft dazu verpflichtet, ihr Möglichstes dazu beizutragen, um die Klimaüberhitzung auf deutlich unter 2°, möglichst 1,5°, zu begrenzen. Das setzt den raschen und konsequenten Ausstieg aus den fossilen Energien sowie aus der Atomkraft voraus. Die SP wird deshalb mit massivem politischem Druck auf allen Ebenen auf eine sozioökonomische Transformation drängen. Dazu braucht es förderliche Rahmenbedingungen und griffige Gesetze, um die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz zu fördern, welche das Fortschreiten des Klimawandels und die weitere Verschmutzung unserer Umwelt verhindern.

Die aktuellen Probleme der Umweltzerstörung können nur mit einem radikalen gesamtgesellschaftlichen Systemwechsel gelöst werden. Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, dessen Überleben nicht an permanentes ökonomisches Wachstum gebunden ist. Um dieses System zu realisieren, braucht es eine Demokratisierung der Wirtschaft. Im Zentrum steht dabei die Notwendigkeit einer intakten Umwelt für alle kommenden Generationen.

Die SP stellt folgende Forderungen auf

- Es braucht eine ambitionierte Klimapolitik 2020-2030, die die Ziele des Pariser Übereinkommens auf nationaler Ebene umsetzt. Damit die Schweiz bis 2045 klimaneutral wird, muss der Umbau des Energiesystems schneller vorangetrieben werden. Der Verbrauch von Energie muss vermindert, die Effizienz in der Energieverwendung gesteigert, die Gebäudesanierung beschleunigt, der Strassenverkehr elektrifiziert und der Umstieg auf klimafreundliche Mobilität gefördert werden.

- Es braucht einen verbindlichen Ausbaupfad bei den erneuerbaren Energien, insbesondere bei der Solarenergie. Die Zwischenziele beim Ausbau der Erneuerbaren und der CO₂-Absenkung sind zu erhöhen und als verbindliche Dekarbonisierungsstrategie auszugestalten.
- Die Finanzplatzstrategie muss konsequent klimafreundlich werden. Ziel ist, dass ab 2025 Schweizer Unternehmen keine Öl- und Gasprojekte mehr finanzieren oder sich an Firmen, die in diesen Bereichen tätig sind, beteiligen.
- Die Schweiz muss einen verursachergerechten Beitrag an die Finanzierung von Massnahmen in den Ländern des Südens leisten, um die jährlich international zugesicherten 100 Milliarden Dollar für mehr Klimagerechtigkeit mitfinanzieren zu können.
- Der Steigerung der CO₂-Emissionen aus dem Luftverkehr ist dezidiert entgegenzuwirken. Es braucht eine Ticketabgabe. Der Ertrag soll in die internationale Klimafinanzierung fliessen. Die Schweiz soll sich auf internationaler Ebene für eine Kerosinsteuer einsetzen. „Biotreibstoffe“ sind wegen der Konkurrenz von Landflächen für die Nahrungsproduktion und der Zerstörung von Urwäldern keine Alternative.